

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

75 Jahre Grundgesetz – ein Fest für die Demokratie

CARSTEN TRÄGER:

Wir verteidigen das gesetzliche Rentensystem

MARTINA STAMM-FIBICH:

Cannabis im Straßenverkehr

GABRIELA HEINRICH:

Nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden

JAN PLOBNER:

Aufbruch in die digitale Zukunft

75 Jahre Grundgesetz – ein Fest für die Demokratie

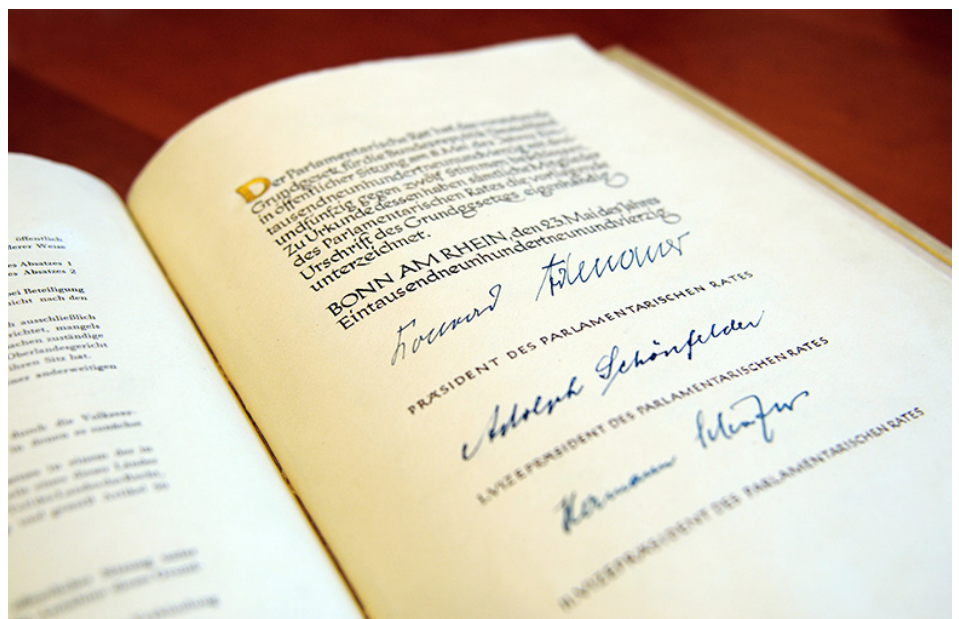
„Wir sind uns durchaus bewusst, dass es aus dieser geschichtlichen Situation heraus gar nicht in unserer Macht steht, etwas zu schaffen, was Jahrzehnte überdauern könnte.“

Das sagte Walter Menzel, Mitglied des Parlamentarischen Rats, über das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Auch sein Kollege Heinrich von Brentano sieht in dem verabschiedeten Papier lediglich eine provisorische Ordnung.

Doch manchmal kommt es eben anders, als man denkt: Angeführt von Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ hat sich das Provisorium als ein unschätzbare Wert für die Demokratie erwiesen. Deswegen bildet das Grundgesetz auch 75 Jahre später noch die Basis, auf der das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland aufgebaut ist.

Und dazu möchten wir gratulieren! Wir feiern die Basis unserer Demokratie, das Fundament unseres Zusammenlebens. Es sichert die Würde des Menschen und die Gleichheit vor dem Gesetz. Es garantiert Meinungsfreiheit und freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit und eine stabile Verfassung.

Heute ist uns vielleicht bewusster denn je: Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Für uns



Auch 75 Jahre später ist das Grundgesetz noch die Basis, auf der das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland aufgebaut ist. Vom 24. bis 26. Mai findet in Berlin eine große Feier statt.
Foto: Sylvia Bohn

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, immer und überall: Das Grundgesetz ist das Herz unserer Demokratie, das wir vor Feinden und Bedrohungen schützen!

Und genau diesen Schutz bedarf es derzeit leider wieder verstärkt, denn wir erleben vermehrt Angriffe auf Wahlkämpfende, Ehrenamtliche, Rettungskräfte und Politiker*innen. Dies zeigt: Aus Worten werden Taten, aus Hass und Hetze wird Gewalt. Dem stellen wir uns gemeinsam tagtäglich entgegen und zeigen: Wir werden das niemals hinnehmen und lassen uns nicht einschüchtern! Und es zeigt auch: Wir brauchen dringend ein Demokratiefördergesetz, mit dem Demo-

kratieprojekte langfristig abgesichert werden können.

Auch juristisch müssen wir gegen Demokratiefeinde vorgehen. So hat das Oberverwaltungsgericht in Münster die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall bestätigt. Damit bekräftigt es, worauf wir schon seit Jahren hinweisen: Die AfD hat sich zu einer völkischen Partei radikalisiert, die rechtsextremes Gedankengut vertritt, Menschen systematisch herabwürdigt und die Menschenwürde mit Füßen tritt. Das Urteil zeigt auch: Unser Rechtsstaat besitzt Instrumente, die unsere Demokratie vor Bedrohungen von innen schützen. Es lebe die Demokratie, es lebe das Grundgesetz!



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Wir verteidigen das gesetzliche Rentensystem!

Die Beschlüsse des CDU-Bundesparteitags sind der größte Angriff auf die Gesetzliche Rente, den sich die Partei je getraut hat. Die Menschen sollen länger arbeiten, mehr bezahlen und weniger herausbekommen. Und auch die FDP stellt das neue Rentenpaket wieder in Frage. Wir stehen dafür, die Rente zu stärken und stabil zu halten – auch für die junge Generation.

Die Angriffe auf das gesetzliche Rentensystem sind so intensiv wie nie zuvor. Die Union, die das System als große Volkspartei einstmals geschaffen hat, hat sich vom Gedanken des Generationenvertrags verabschiedet und schwenkt auf den neoliberalen Kurs von Friedrich Merz aus den Neunzigerjahren ein. Die SPD ist mit ihrem Bekenntnis zum gesetzlichen Rentensystem das Bollwerk gegen den Rentenabbau. Wir halten die Renten stabil und wollen das System langfristig sichern und stärken.

Eine auskömmliche Rente sichert nicht nur einen angemessenen Lebensstandard im Ruhestand. Sie ist auch Ausdruck von Wertschätzung und Respekt vor der Lebensleistung. Um das Rentensystem zukunftsfest zu machen, ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen in Beschäftigung sind. Dank der Politik der SPD-geführten Bundesregierung arbeiten derzeit in Deutschland so viele Menschen wie nie zuvor.

WAS HABEN WIR IN DER RENTENPOLITIK UMGESETZT?

■ **Wir sorgen für kräftige Rentenerhöhungen:** Wir haben sichergestellt, dass die Altersbezüge Schritt halten mit der Lohnentwicklung und den Preissteigerungen. 2022 gab es

ein kräftiges Rentenplus: 5,35 Prozent im Westen – das größte Plus seit 40 Jahren – und 6,12 Prozent im Osten. 2023 waren es 4,39 Prozent bzw. 5,86 Prozent. Und für 2024 sind 4,57 Prozent bundesweit vorgesehen.

■ **Wir haben Rentner:innen mit einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro entlastet.** Angesichts der gestiegenen Energiepreise haben wir die Einmalzahlung für Rentner:innen durchgesetzt, die bis Ende 2022 ausgezahlt wurde.

■ **Erwerbsgeminderte im Bestand erhalten ab 2024 höhere Bezüge.** Rund drei Millionen Erwerbsgeminderte, die von früheren Verbesserungen nicht profitiert haben, erhalten ab Juli 2024 einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent. Die Zuverdienstgrenzen steigen deutlich.

■ **Über 100.000 Rentner:innen müssen künftig keine Steuern mehr zahlen.** Dafür haben wir den Steuerfreibetrag deutlich erhöht. Das entlastet besonders kleine und mittlere Einkommen im Alter. Zudem sind Rentenbeiträge ab 2023 vollständig von der Steuer absetzbar.

DAS BRINGT DAS RENTENPAKET II

Mit dem Rentenpaket stabilisieren wir das Rentenniveau langfristig auf mindestens 48 Prozent, im Gesetz festgeschrieben bis 2039. Die Rentenbeiträge steigen in dieser Legislaturperiode nicht über 20 Prozent. Mit dem Aufbau eines Generationenkapitals stabilisieren wir die Rentenbeiträge in den 2030er Jahren.

Leider stellt die FDP das Rentenpaket II wieder in Frage und fordert die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren, begründet mit dem Fachkräftemangel. Seit 2023 gibt es aber keine Hinzuverdienstgrenze mehr, alle Rentner:innen können neben ihrer Altersrente so viel verdienen, wie sie wollen. Am Renteneintritt kann es nicht liegen, dass Menschen nicht mehr arbeiten. Die Gründe sind wohl doch die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und die eigene Gesundheit. Mit der SPD-Fraktion wird es keine Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren geben. Sie ist keine soziale Wohltat, die Menschen haben sie sich schlicht und einfach verdient, weil sie früh angefangen haben zu arbeiten, etwa Pflegekräfte, Verkäufer:innen, Handwerker:innen. Wir wollen die gesetzliche Rente stärken. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Deutsch-französischer Besuch in Berlin

Besuch habe ich öfters in Berlin. Am 10. Mai empfing ich aber das erste Mal eine deutsch-französische Gruppe. Zu Gast waren der „Lions Club Frankfurt Goethestadt“ mit ihren Freunden des „Lion Club Orléans Doyen“ aus Frankreich. Beide Gruppen setzen sich finanziell für soziale Projekte ein – vorwiegend für benachteiligte Jugendliche. Im Bundestag erzählte ich ihnen von meinen Aufgaben als Abgeordnete und über die große Gefahr von rechts. Freundlich unterstützt wurde ich dabei von einem Mitglied, der für die französischen Gäste übersetzte.



Cannabis im Straßenverkehr

Die Koalition legt einen Gesetzentwurf mit einer moderaten Liberalisierung vor.

Nach der Entkriminalisierung von Cannabis gibt es nun auch eine moderate Liberalisierung für den Konsum im Straßenverkehr. Mit den Koalitionspartnern haben wir uns auf einen höheren THC-Grenzwert und ein striktes Alkoholverbot geeinigt. Der Gesetzentwurf, sieht eine Erhöhung des THC-Grenzwerts von 1,0 Nanogramm (ng) auf 3,5 ng pro Milliliter Blutserum vor. Gleichzeitig wird ein Alkoholverbot für Cannabiskonsumenten im Straßenverkehr eingeführt.

Eine unabhängige Expertengruppe beim Bundesministerium für Verkehr hatte die Erhöhung empfohlen. Künftig

handelt ordnungswidrig, wer im Straßenverkehr ein Fahrzeug führt und 3,5 ng/ml oder mehr THC im Blutserum hat. Verstöße können mit bis zu 3000 Euro Strafe geahndet werden. Menschen, die Cannabis aus medizinischen Gründen einnehmen, sind von der Regelung ausgenommen. Für junge Fahrer unter 21 Jahren wird das bestehende Alkoholverbot um ein Cannabisverbot ergänzt.

Die Experten betrachten den Wert von 3,5 ng/ml als konservativen Ansatz, vergleichbar mit einer Blutalkoholkonzentration von 0,2 Promille. Der bisherige THC-Grenzwert von 1 ng/

ml ließ keine Aussagen über die Fahrtüchtigkeit zu und hatte fatale Folgen für Autofahrer, die trotz nüchternen Zustands empfindliche Strafen erhielten. Die neue Regelung ist ein Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik, weil sie die grundlose Ungleichbehandlung von Cannabiskonsumenten beendet.

Zur besseren Kontrolle ist die Einführung von Speicheltests vorgesehen, die Verdachtsfälle schnell identifizieren können. Sie sollen helfen, aktuellen Konsum nachzuweisen und unnötige Strafen für länger zurückliegenden Konsum zu vermeiden.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden

Städten und Gemeinden kommt in der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle zu. In einem Antrag fordert die Ampel unter anderem eine Strategie für dezentrale Entwicklungspolitik.

Gemäß einer Studie der OECD (die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen) kann ein Großteil der globalen Nachhaltigkeitsziele nur in Zusammenarbeit mit Regionen, Städten und Gemeinden erreicht werden. Was bedeutet das für die deutsche Entwicklungspolitik? Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens muss immer auch heißen Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene.

In einem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die kommunalen Potenziale noch mehr auszuschöpfen. Hauptforderungen sind, eine Strategie zur dezentralen Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln, mehr kommunale Vertreter in deutsche Verhandlungsdelegationen einzubeziehen und die Einführung einer digitalen Plattform zu prüfen, auf der kommunale Einrichtungen niedrigschwellig Unterstützung anbieten können. Die Kommunen sollen sich so noch besser mit ihren Pendanten in Ländern des Globalen Südens vernetzen.

Vieles hat sich schon getan. Dazu gehört auch die Unterstützung für die Ukraine – 170 deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaften sind schon



Entwicklungszusammenarbeit funktioniert immer nur unter Einbindung der regionalen und kommunalen Ebenen in den Ländern.
Foto: Ute Grabowsky/phototek.net

mit Förderung entstanden. „Betreiberpartnerschaften“ zwischen deutschen kommunalen Unternehmen und ausländischen Partnern wurden seit 2017 mit über eine Milliarde Euro durch das Entwicklungsministerium gefördert. Hinzu kommen Partnerschaften zwischen Verbänden, wie dem Verband Kommunaler Unternehmen VKU, und der Global Water Partnership, dem Netzwerk der deutschen Wasserwirtschaft. Aber es gibt noch so viel mehr Potenzial für solche im besten Sinne kleinteilige Kooperationen.

Ein Beispiel, wie gewinnbringend so etwas sein kann: Seit 2017 besteht die Klinikpartnerschaft zwischen dem (städtischen) Klinikum Nürnberg und dem Hôpital de Bassar in Togo. Ziel der Partnerschaft ist es, die hohe

Sterblichkeitsrate im Krankenhaus Bassar zu senken und nachhaltig die Situation für die Patientinnen und Patienten zu verbessern. Das Klinikum Nürnberg unterstützt das Krankenhaus bei der medizinischen Ausstattung und führt Schulungen von Ärzten und Pflegekräften durch. Die Maßnahmen sind den konkreten Bedürfnissen vor Ort angepasst – so etwas lässt sich nun einmal nicht eins zu eins von Nürnberg nach Togo übertragen.

Bindeglied zwischen den beiden Krankenhäusern ist der Nürnberger Verein Fi Bassar e.V., dessen hochengagierte Mitarbeiter*innen schon seit vielen Jahren Projekte voranbringen. Jüngstes Vorhaben: Ende 2023 wurde in Togo der Grundstein für eine neue Kinderklinik gelegt.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Aufbruch in die digitale Zukunft

Der Ausschuss für Wahlprüfung ging auf Delegationsreise nach Estland.

Auf einer Delegationsreise nach Estland konnten sich die Abgeordneten des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung einen Eindruck über die estnische Gesellschaft und insbesondere über die weit fortgeschrittene Digitalisierung des Landes und seiner Verwaltung machen. Solche Reisen sind für Abgeordnete wertvoll, da sie direkte Eindrücke ermöglichen, die kein Medium oder Internetrecherche ersetzen kann.

Die Reise nach Estland begann mit einem Besuch in der deutschen Botschaft, um einen Überblick über die politischen Debatten und den historischen Hintergrund zu bekommen. Danach ging es ins estnische Parlament, um den direkten Austausch mit estnischen Abgeordneten zu suchen. Der Weg von der Botschaft zum Parlament in Tallinn beträgt keine 100 Meter, und auch die anderen Regierungsgebäude sind ähnlich nah gelegen.

Mit den Vertreter*innen der estnischen Gesellschaft wurde viel über die Digitalisierung in Estland diskutiert. Als sie vor 30 Jahren mit der Digitalisierung begannen, konnten sie praktisch bei null anfangen, doch die begrenzten Mittel erforderten Effizienz in der Verwaltung. In Deutschland sind die Strukturen zwar komplexer, Estland zeigt aber, dass selbst sensible Dinge wie Wahlen digital abgehalten werden können, bei minimiertem Risiko.

Insbesondere bei der digitalen Verwaltung ist Estland seit Jahren Vorreiter.



Die estnische Premierministerin Kaja Kallas (Mitte) mit der deutschen Delegation um Jan Plobner (2.v.r.) beim Besuch in Tallinn.

Als kleines Land entschied man vor 25 Jahren, dass ein gut digitalisiertes Verwaltungssystem langfristig Geld spart. Dieses System ist für die Bürger*innen komfortabel, sicher und transparent. Über die X-Road und die eID kann sich jede Person digital ausweisen. Es gibt aus Gründen der Datensicherheit keine zentralen Datensilos, sondern mehrere gesicherte Speicher. Auch die sichere Übertragung und das Zugriffsmanagement der Daten wird über das System, welches von breiten Teilen der Bevölkerung und Wirtschaft genutzt wird, geregelt. Ein gern genutztes Beispiel, wie eine digitalisierte Verwaltung das Leben der Bevölkerung verbessert, war die Einfachheit der Steuererklärungen, die im Endeffekt innerhalb von drei Minuten ausgefüllt werden können.

Im Rahmen der dreitägigen Reise bot sich auch die Gelegenheit, mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zu sprechen. Natürlich war der Krieg in der

Ukraine ein dominantes Thema. Interessant für uns war die Einschätzung, dass Estland durch den NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens sicherer ist und dass wir dazu tendieren, die Russen zu überschätzen. Estland warnt schon seit mehr als 20 Jahren vor Russland und hat uns an diesen Tagen noch mal verdeutlicht, dass in ihrer Erfahrung kein Vertrag mit Russland das Papier wert ist, auf dem er steht. Wir werden uns wohl auf eine sehr lange Zeit einstellen müssen, in der die Beziehungen Russlands zur EU alles andere als normal sind.

Aus deutscher Perspektive darf man ebenfalls nicht den Fehler machen, zu glauben, dass die baltischen Staaten ein homogener Block sind. Estland fühlt sich beispielsweise viel stärker den nordischen Staaten wie Schweden und Finnland verbunden. Gerade auch die estnische Sprache ist dem Finnischen viel ähnlicher als dem Litauischen.